

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1927

280 (1.12.1927)

Volkstfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Belegpreis: Die 8 getragene Mittelstrecke kostet 10 Pfennig, für auswärtige Abonnenten 12 Pfennig. Belegpreis für den 1. Dezember 1927: 10 Pfennig. Die 8 getragene Mittelstrecke kostet 10 Pfennig, für auswärtige Abonnenten 12 Pfennig. Belegpreis für den 1. Dezember 1927: 10 Pfennig.

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit“
Die Fluchtstunde / Sport und Spiel / Heimat und Wandern
Sozialistisches Jungvolk / Frauenfragen — Frauenclub

Bezugspreis: monatlich 2,30 Mark o. ohne Zahlung 2. Markt o. durch die Post 2,40 Mark o. Einzelhefte 10 Pfennig o. Einzelheft 6 mal wöchentlich vorrätig 11 Uhr o. Postfach 2020 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. B., Badstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Volkstfreund-Verlag: Durlach, Westendstraße 22; Baden-Baden, Friedhofstraße 26; Rastatt, Friedhofstraße; Offenburg, Cappelstraße 27

Nummer 280 Karlsruhe / Donnerstag, den 1. Dezember 1927 47. Jahrgang

Bolschewistische Abrüstungskomödie

Debatte in der Genfer Abrüstungskommission

Genf, 30. Nov. (Eig. Draht.) In der Eröffnungssitzung der Abrüstungskommission nahm nach einer einleitenden Rede des Vorsitzenden Lorden-Holland der russische Hauptdelegierte das Wort zu einer längeren Erklärung. Diese extremen Äußerungen sind natürlich alles andere als ernst zu nehmen. Sie wurde in erster Linie aus propagandistischen Gründen gemacht. An sich war von vornherein mit einer detaillierten russischen Erklärung zu rechnen, so daß der Inhalt nicht einseitig war.

Die Erklärung des russischen Delegierten begann mit einem Hinweis darauf, daß der Militarismus eine natürliche Folge des kapitalistischen Staates sei und mit ihm stehe und falle. Aus diesem Grunde sei es auch zu erklären, daß der Völkerbund bisher nicht imstande sei, seine feierlichen Versprechen verwirklicht zu haben; die bisherigen Arbeiten der Abrüstungskommission nur einen Charakter gehabt hätten. Im Gegensatz hierzu habe die Sowjetregierung trotz des andauernden Bürgerkrieges der Abrüstung einen starken Willen bewiesen. Die russischen Auswirkungen dieser Bestrebungen sind nicht ein, weil derartige Auswirkungen nicht zu erwarten sind und Moskau heute ebenso rüstet, wie alle anderen kapitalistischen Staaten der Welt. Deshalb ist auch dem von Litwinow am Schluß seiner Ausführungen im Auftrag Moskaus ausgesprochenen Plan für die allgemeine und vollständige Abrüstung keine besondere Bedeutung beizumessen.

Der Plan sieht folgende Maßnahmen vor:
1. Alle Streitkräfte zu Land, zur See und in der Luft werden abgebaut und ihre Aufrechterhaltung unter einer verordneten Aufsicht verboten.
2. Alle Waffen, Munition und chemischen Kriegsmittel werden zerstört, ebenso alle übrigen Rüstungs- und Versorgungsmittel, sei es sich um die Organisation der Streitkräfte, oder in den militärischen Depots, oder im allgemeinen Gebrauch.
3. Alle Kriegsschiffe und Kriegsluftzeuge werden abgeschafft. Die Einberufung von Menschen, wozu militärische Ausübungen, sei es in der Armee oder in sozialen Organisationen, und die geistliche Ausbildung der militärischen Dienstleistungen oder des freiwilligen militärischen Dienstes wird verboten.
4. Es müssen Gesetze erlassen werden, durch die das Aufheben militärisch ausgebildeten Gewerbes verboten wird.
5. Die Festungen müssen niedergebrochen werden, ebenso die Anlagen für die See- und Luftflotte.
6. Die besonderen Rüstungswerke werden abgeschafft.
7. Alle Posten für militärische Zwecke müssen aus dem Etat entfernt werden.
8. Alle Kriegsministerien, Marineministerien und Generalstabsstellen militärische Verwaltungen müssen abgeschafft werden.
9. Es muß ein absolutes Verbot erlassen werden, jede Art von Propaganda und Ausbildung unter der Bevölkerung militärische Ausbildung der Jugend durch den Staat oder durch Verbände zu unterlassen.
10. Alle Patente für Rüstungs- und Fertigungswerke müssen zerstört werden, damit jede Art von Erfindungen nicht geistlich werden kann.
11. Gesetze müssen erlassen werden, durch die erklärt wird, daß die Abrüstung der oben genannten Bedingungen die größten Vorteile gegen den Staat darstellt.
12. Alle Handlungen der Regierungen oder alle Abkommen zwischen Regierungen, die diesen Vorschlägen widersprechen, müssen abgeschafft oder abgeändert werden.
13. Die Sowjetdelegation hat absolute Vollmacht, das oben genannte Programm einer völligen Entwaffnung sofort für die Abrüstungskonventionen und die entsprechenden Konventionen vorzuschlagen, sobald die Maßnahmen für die Vernichtung des Kriegsmaterials innerhalb eines Jahres durchgeführt werden können.

Von den Studentenwahlen

Genf, 1. Dez. (Kundendienst.) Die am Dienstag und Mittwoch abgehaltenen Hochschulwahlen durchgeführte Abstimmungen über das Verbot der Hochschulverwaltung des Kultusministers vorgeschlagene Studentenwahl auf staatsbürgerlicher Grundlage, hat in den meisten Fällen die Ablehnung geführt. Sämtliche Berliner Hochschulen haben die Wahl mit 4461 Nein gegen 2576 Ja. In den meisten Fällen, die Universität mit 4461 Nein gegen 2576 Ja. In den meisten Fällen, die Universität mit 4461 Nein gegen 2576 Ja. In den meisten Fällen, die Universität mit 4461 Nein gegen 2576 Ja.

Unterzeichnung des deutsch-polnischen Handelsvertrages

Warschau, 30. Nov. (Eig. Draht.) Am Mittwoch mittags wurde der deutsch-polnische Handelsvertrag von dem deutschen Reichsminister für Wirtschaft und einen polnischen Regierungsvertreter

„Man wirft der Sowjetregierung vor, daß sie in Genf nur Propaganda machen will. Sowohl, sie macht Propaganda für ihre Ideen und der beste Beweis für ihre Absichten liegt darin, daß gleichzeitig mit der Note, die sie kürzlich nach Warschau gerichtet hat, eine Note in Romo überreicht wurde, in der Litwinow aufgefordert wurde, seinen Kriegszustand mit Polen zu beenden.“

Als Litwinow seinen mehrstündigen Vortrag beendet hatte, vertagte der Vorsitzende die Sitzung auf nachmittags. Bei der Mehrheit der Delegationen löste die bolschewistische Propagandamethode große Beifall aus.

Genf, 30. Nov. (Eig. Draht.) In der Nachmittags-Sitzung der vorbereitenden Abrüstungskommission versuchte der Präsident zunächst die Aussprache über die Erklärungen des russischen Hauptdelegierten auf Donnerstag zu vertagen. Er begründete das damit, das von der Sowjetdelegation inzwischen ein ergänzendes Dokument von zehn Seiten eingegangen sei und noch nicht überleitet werden konnte. Litwinow hat jedoch, sofort mit der Diskussion zu beginnen, zumal das neue Dokument nur statistisches Material enthalte.

Der französische Delegierte, Paul Boncour, suchte die Situation zu retten, indem er die sofortige Diskussion befürwortete. Als sich dann aber niemand am Wort meldete, nahm er selbst Gelegenheit, sich zu dem russischen Vorschlagsantrag in vorläufiger, vielleicht viel zu vorsichtiger Form zu äußern. Er bezeichnete zunächst die russische Kritik an den bisherigen Arbeiten als „wahrhaft rüchlos“ und wies dann auf die Schwierigkeiten hin, die den Abrüstungsarbeiten im Wege stehen. So einfach, wie sich die Russen die Dinge vorstellen, sei die Situation nun doch nicht. Immerhin sei es die Hauptsache, zu einem Ziele zu gelangen und in diesem Ziele eins zu sein.

Als zweiter Redner führte Graf Bernsdorf aus, daß die deutsche Regierung bereit sei, nach dem Wortlaut und im Geiste der Entschließung der letzten Völkerbundversammlung mitzuarbeiten. Aus den Reden Litwinows und Paul Boncour's könne man vor allem die Hoffnung schöpfen, daß man beiderseits zusammenarbeiten wolle. Die Kritik der Russen sei gewiß eine strenge, doch müsse andererseits festgestellt werden, daß viele der von der Sowjetdelegation geäußerten Gedanken bei der Gründung des Völkerbundes allgemeine Zustimmung fanden und an ihnen festgehalten werden müßten. Da jedoch von der hohen theoretischen Diskussion über das Sowjetprogramm wenig zu erwarten wäre, möchte er vorschlagen, daß die russischen Entwürfe in der zweiten Lesung des Konventionstextes behandelt werden sollen. An diesen Vorschlag knüpfte Bernsdorf die Voraussetzung, daß die zweite Lesung mindestens einen Monat vor der Märzsession des Völkerbundes stattfinden würde.

Sie darauf sprachen der Außenminister Benesch und der griechische Delegierte Politis gegen die russischen Entwürfe, indem sie namentlich darauf hinwiesen, daß die Verwirklichung der Abrüstung sich durch den einfachen Pazifismus als unmöglich erwiesen habe. Sie darauf erwiderte der zweite russische Delegierte Lunarski, indem er sich zunächst dagegen wandte, daß Sowjetland bisher die Abrüstung verhindert habe. Paul Boncour erinnerte Lunarski daran, daß das Sowjetprogramm von einer „Arbeiterregierung“ ausgeht und wenn nach sofortiger Totalabrüstung auch die großen Länder stärker als die kleinen bleiben würden, könne es doch nicht schlimmer werden als gegenwärtig. Schließlich stimmte er dem Antrag von Bernsdorf zu, der dann einstimmig angenommen wurde.

Die Kommission befaßte sich dann mit der Einlegung eines Sicherheitsausdrucks. Sowohl der amerikanische, wie der russische Hauptdelegierte lehnten eine offizielle Beteiligung an dieser Kommission ab. Sie erklärten sich lediglich bereit, Beobachter zu entsenden.

Genf, 1. Dez. (Kundendienst.) Die russische Delegation wird am Freitag abend, höchstens Samstag abreisen. Die Engländer haben ihr Ziel erreicht. Chamberlain wird in Genf nicht mit Litwinow zusammenkommen. Die russische Delegation versichert, daß sie von vornherein damit gerechnet habe, daß die Tagung so kurz und inhaltslos sein würde. Wenn sie trotzdem eine so zahlreiche Vertretung nach Genf geschickt habe, so sei es deshalb geschehen, weil ihre Mitglieder die ständige Abrüstungskommission Sowjetlands bilden, die sich zunächst an Ort und Stelle über die bisherigen Abrüstungsarbeiten des Völkerbundes eingehend unterrichten wollten, um für die künftigen Konferenzen, an denen sie teilnehmen würden, vorbereitet zu sein.

Sachen gegen die Todesstrafe

Berlin, 1. Dez. Der sächsische Landtag nahm gestern nach kurzer Aussprache einen Antrag gegen die Todesstrafe mit den Stimmen der Linken, der Sozialisten und der Demokraten gegen die Rechte an. Nach einer von der Regierung mitgeteilten Statistik ist die Todesstrafe in Sachsen seit 1919 bei 30 Todesurteilen in keinem Falle vollstreckt worden.

Lehren aus den Hessenwahlen

Die Politik vor und nach den Wahlen

Der politische Redakteur unseres Darmstädter Parteiorgans, Genosse Seubert, bepricht in einem recht instruktiv geschriebenen Artikel die letzten Wahlen in Hessen. Nachdem er einleitend dargelegt hat, daß „in den politischen Verhältnissen des Landes selbst“ die Erklärung für den Wahlausfall liege, führte er weiter aus:

„Wie gering heute noch die gerade in den kleineren Ländern vorhandene aktive politische Kraft ist, das beweisen diese Wahlen in Hessen. Die Ausschöpfung der Wählerkraft nimmt von ihnen in zunehmendem Maße politische Probleme weg, die Inhalt eines Wahlkampfes werden und ausstrahlende Wahlparolen abgeben können. In der Tat fehlte in diesem Wahlkampf allen Parteien eine ausstrahlende Parole.“

Diese Tatsachen lassen die geringe Wahlbeteiligung in Hessen durchaus begreifbar erscheinen. Anders stellt sich für die Sozialdemokratie das Ergebnis der Wahl dar, wenn man es verleiht mit dem der Kommunisten. Die Kommunisten haben gegen das Jahr 1924 trotz der allgemeinen geringeren Wahlbeteiligung noch 7600 Stimmen gewonnen, die Sozialdemokratie 63 000 Stimmen verloren. Die Kommunisten sind von 33 689 auf 41 280 Stimmen, von 4 auf 6 Mandate angewachsen, die Sozialdemokraten von 220 108 auf 157 293 Stimmen, von 28 auf 24 Mandate gesunken. In dieser Kräfteveränderung innerhalb der Arbeiterbewegung liegt für die Sozialdemokratie als die führende sozialistische Arbeiterpartei das eigentliche politische Problem dieser Wahl. Von hier aus ist allein eine Wiedigung der Stellung der Sozialdemokratie in Hessen möglich.

Es ist von Nutzen lebenden der Sozialdemokratie in Hessen der Vorwurf gemacht worden, sie sei alt und bequem geworden und es fehle ihr die frische Führung. Zweifellos ist in der breiten Masse der Anhänger der Sozialdemokratie ein gewisser Nihilismus über die Ergebnisse einer neunjährigen Regierungspolitik festzustellen. Die Vorwürfe gegen die Politik der Partei in den Reihen ihrer eigenen Anhänger gründen sich vor allem auf die Tatsache, daß die Machtposition der Partei in der Regierung im Vergleich zu ihrer Stärke im Parlament und in der Wählerkraft zweifellos zu schwach ist. Die Sozialdemokratie besitzt in der hessischen Regierung, nachdem sie vor Jahren schon das von ihr besetzte Innenministerium an das Zentrum abgegeben hat, das Staatspräsidium, mit dem das Landesbildungsamt verbunden ist, und das Ministerium für Arbeit und Wirtschaft. Es leuchtet sofort ein, daß die damit gegebene Basis für die Entfaltung eigener Politik in der Regierung für die Sozialdemokratie, die auch heute noch über 24 Mandate gegenüber 18 Mandaten ihrer Koalitionspartner (Zentrum 13, Demokraten 5) verfügt, zu klein ist.

Für Hessen, wie wohl für alle Länder, liegen die großen politischen Aufgaben auf dem Gebiete der Verwaltung und der Finanzen. Heute noch hat Hessen nach neunjähriger Regierung der Weimarer Koalition unverändert das alte grobherzogliche System der Staats- und Kommunalverwaltung. Eine Demokratisierung der Verwaltung im Sinne der Aufnahme neuer Kräfte hat überhaupt nicht stattgefunden. Den großen Zukunftsaufgaben einer rationalen Verwaltungsreform und der Überleitung der Landesverwaltung in die Reichsverwaltung des Einheitsstaates steht das hessische Innenministerium völlig interesse- und verständnislos gegenüber. . . . Dazu kommt die Verbitterung breiter Wählerkreise über die Steuerpolitik des demokratischen Finanzministers, die durch die voll ausgeschöpfte Haussteuer viele sozialdemokratische Wähler schwer trifft und eine außerordentliche Belastung der Sozialdemokratie darstellt.

Der Vergleich des Wahlergebnisses der Kommunisten mit dem der Sozialdemokratie zeigt aber nun, daß die Kommunisten nur einen kleinen Teil der von der Sozialdemokratie verlorenen Stimmen haben auffangen können. Eine genauere Betrachtung des kommunistischen Wahlergebnisses ergibt die überraschende Tatsache, daß ihr Wahlerfolg ein durchaus lokal beschränkter ist. Von den 7600 Stimmen Gewinn der Kommunisten entfallen 5272 allein auf die Stadt Offenbach. Von den drei hessischen Provinzen haben die Kommunisten in dem ländlichen Oberhessen 61 Stimmen in dem katholischen Rheinbesen 2016 und in Starkenburg 5516 Stimmen gewonnen, davon in Offenbach allein 5272, während sie in Darmstadt 50 Stimmen verloren haben. Das Wahlergebnis in Offenbach das den Kommunisten allein schon den Gewinn eines Mandats gebracht hat, erklärt sich aus der besonders trostlosen Lage des Offenbacher Wirtschaftsgebiets, wo eine absterbende Industrie dauernd neue Massen von Arbeitslosen auf die Straße wirft, so daß Offenbach seit Jahren die angünstigste Ausübung dieser Notlage der Arbeiterklasse durch kommunistische Demagogie und eine nicht immer glückliche lokale Politik der Sozialdemokratie in Offenbach. Im ganzen zeigt der Vergleich, daß es sich bei dem großen Verlust an sozialdemokratischen Stimmen viel weniger um ein Übergeben der sozialdemokratischen Wähler zu den Kommunisten als um ein mißmutiges Beiseitertreten der von den Ergebnissen der sozialdemokratischen Regierungspolitik enttäuschten Wähler handelt.

Diese Erkenntnis zeigt auch den Weg, auf dem die Sozialdemokratie das Wahlergebnis zu ruhen hat. Sie selbst muß durch eine Verstärkung ihres Einflusses in der Regierung die ihr verloren gegangenen Anhänger und Wähler wieder gewinnen. Die Lage

zung der parlamentarischen Machtverhältnisse auch im neuen Landtag machen der Sozialdemokratie ein Fernbleiben von der Regierung unmöglich. Eine Regierung ohne die Sozialdemokratie ist mit ausreichender parlamentarischer Basis nur möglich in der Form des offenen oder verhehlerten Bürgerblocks unter Beteiligung der Demokraten, wozu diese aber in Hessen — nach dem verfehlten Experiment in Thüringen — keine Neigung zeigen. Als natürliche und selbstverständliche Regierungskoalition erweist sich die Weimarer Koalition, die über 42 von 70 Mandaten verfügt. Voraussetzung für das Zustandekommen einer derartigen Regierung ist aber, daß die anderen beiden Koalitionsparteien begreifen, daß eine Verbreiterung der sozialdemokratischen Basis in der neuen Regierung eine Lebensfrage für die Sozialdemokratie und die Voraussetzung für ihre Beteiligung an der Regierung ist. Die Sozialdemokratie wird diesmal auf die Besetzung des Innenministeriums durch einen der Ihren unbedingten Anspruch erheben müssen, wenn für sie die Regierungsbeteiligung überhaupt einen Sinn haben soll.

Darüber hinaus erwächst der Sozialdemokratie die Pflicht, neues Leben in ihrem durch die neunjährige Regierungsabteilung etwas erstarren Körper zu wecken. Der kleinstädtische Charakter der hiesigen Bevölkerung kommt auch in der Arbeiterchaft einem Treibenlassen der Dinge, einem Gewährenlassen der einmal Beauftragten entgegen. Es fehlt die Intentionierung der Bewegung aus dem zum Sozialismus vorwärts drängenden Willen der Arbeiterchaft. Es ist ein Verstummen zu glauben, daß die Schuld an dem verantwortungsvollen Posten stehenden Führern liegt. Der heute fast 75jährige Karl Ulrich ist ein sozialistischer Führer von dem alten alten Schlag der Bebel und Liebknecht, in dem der Wille zum Sozialismus heute noch so lebendig ist wie in den Jugendtagen der Arbeiterbewegung. Aber es fehlt die lebendige politische Kraft im Parteiapparat, die nur dort vorhanden ist, wo die unmittelbare Beteiligung der Partei an dem politischen Geschehen lebendige Wirklichkeit ist. Der Schwerpunkt der politischen Verantwortung, der bisher ausschließlich bei der in den Hemmnissen der Koalitionspolitik verstrickten Landtagsfraktion lag, muß wieder zur Parteiorganisation verlegt werden.

Die Sozialdemokratie ist keine Interessensvertretung der Arbeiterchaft beim Staat im bürgerlichen Sinn, sie ist eine geschichtliche Bewegung mit dem Ziel der Neugestaltung der Gesellschaft nach ihrem eigenen Prinzip. Aus ihrer eigenen Geschmähigkeit müssen bei der Führung dieser Bewegung die politischen Entscheidungen fallen, nicht bei den mit der Teilnahme an den Staatsgeschäften im Parlament Beauftragten. Wenn dann im Sinne wahrer Parteidemokratie die gesamte Partei im Ausmaß eines demokratischen Parteiführers zur Mitwirkung an der politischen Entscheidung berufen wird, dann wird auch von hier aus jenes neue Leben in die Partei einziehen, das sie wieder zum Sammelbecken aller Werktätigen und zur berufenen Führerin der gesamten Arbeiterchaft macht.

Daß in den kleineren Ländern, deren staatliche und politische Bedeutung ständig sinkt, bei Landtagswahlen nur sehr schwer eine zugkräftige Parole gefunden werden kann, ist eine allgemeine Erscheinung. In Braunschweig war allerdings für die Oppositionsparteien das Gegenteil der Fall: aber dort hatte eine Rechtsregierung, die nach dem Diktat der Deutschnationalen und des Stahlhelms ihre Mißwirtschaft betrieb, die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung derart mißachtet und mißhandelt, daß daraus für die Oppositionsparteien von selbst die Wahlparole entstand: Fort mit der Stahlhelmsregierung! Wo aber die republikanischen Parteien in kleineren Ländern Jahre hindurch die Verantwortung zu tragen haben, findet sich weder für sie noch für eine Opposition eine schlagkräftige Wahlparole, denn eine republikanische Mehrheit wird ihren Gegnern niemals diese Waffen liefern, wie sie noch in jedem Falle Rechtsmehrheiten der Opposition geliefert haben. Da aber in den kleineren Ländern die finanziellen Verhältnisse sich immer schwieriger gestalten, so tragen naturgemäß auch die Weimarer Parteien außerordentlich schwer an einer jahrelangen Verantwortung. Das trifft im Besonderen für die Sozialdemokratie zu, zumal wenn sie in anschließlicher Stärke oder gar als stärkste Partei in einer Regierungskoalition vertreten ist. Gelingt es nicht, während der Zeit der Mitwirkung der Sozialdemokratie in einer Regierungskoalition, in bezug auf die Demokratisierung der Verwaltung wirklich erhebliche Fortschritte zu erzielen, besonders in Personalfragen,

dann drückt die Verantwortung für die Regierungstätigkeit und für die betriebene Politik um so schwerer. Gerade auf dem Gebiete der Verwaltung liegt heute die Hauptaufgabe der Länder. Werden oder können auf dem Gebiete der Verwaltung nicht erhebliche Neuerungen und Reformen erzielt werden, so wird diese Tatsache dem Wähler sehr klar erkennbar. Wir sind überzeugt, daß in allen Ländern, in denen die Sozialdemokratie an der Regierungskoalition und damit an der Regierung beteiligt ist, auf dem Gebiete der Verwaltungsreform ganz besonders in personeller Beziehung erheblich mehr geleistet werden könnte, als bisher geschehen ist. Aber es darf dabei nicht verkannt werden, daß in den kleineren Ländern, wo z. B. auch verhältnismäßig sehr wenig Positionen vorhanden sind, die als politische Positionen angesehen und demgemäß auch unter Beachtung politischer Gesichtspunkte besetzt werden können, sich in der Praxis stets große Schwierigkeiten herausstellen. Preußen hat auch verhältnismäßig eine weit größere Zahl von Beamtenstellen, bei deren Besetzung politische Gesichtspunkte mit ausschlaggebend sein können, sogar sein müssen. Und so verständlich es ist, daß die Sozialdemokratie bei entsprechender Stärke in einer Regierungskoalition drauf dringen muß, jeweils das Innenministerium, also den Verwaltungsapparat durch einen Sozialdemokraten zu besetzen, so ergeben sich auch aus der Besetzung dieses Ministeriums, speziell in den kleineren Ländern, für die Partei Schwierigkeiten, die meistens nicht geringer Natur sind, was wir in Baden im Laufe der letzten Jahre auch schon deutlich genug erfahren haben.

Sehr beachtenswert ist die Darlegung des Genossen Seubert über die kommunistischen Stimmengängen. Ohne die tieftraurigen wirtschaftlichen Verhältnisse in der großen Arbeiterstadt Offenbach, würde der kommunistische Stimmengewinn in Hessen bei der letzten Wahl auf ein Minimum zusammengedrückt. Eine genaue Untersuchung des ganzen Wahlergebnisses würde ergeben, daß wohl in allen den Orten, wo die Kommunisten Stimmengewinn erzielt, schlechte wirtschaftliche Verhältnisse vorliegen. Im Übrigen regen die Darlegungen des Genossen Seubert zum Prüfen der Nachdenken über all dort an, wo die Sozialdemokratie an der Regierung mit beteiligt ist.

Deutschnationaler Riefenkamjamer

Es ist ihnen fürchterlich zu Mute, den Herren Deutschnationalen. Ein Riefenkamjamer hat sie erfaßt, dem sie so leicht abzuwehren ist. Braunschweig — das war das Wunder, wenn das hiesige deutschnationale Stahlhelmsblatt, Badische Zeitung, in seinem grenzenlosen Kamjamer laut schreit, heult und jammert und den deutschnationalen Stahlhelmsgenossen zuschreit: Wer Ehren hat zu hören, höre! Wir zitieren:

„Was man den Sozialdemokraten verzeiht, trägt man den Nationalen nach. Wahrscheinlich daher, weil die Sozialdemokraten weniger gegen jene Verlage als die Nationalen fundusündig sind, die die Vertrauensfrage in die Hände der Wählerchaft grundföhllich ausmachen. Die Nationalen besetzen die Taktik, in Preußen Macht zu sein, auch im Ernstfalle dem Zentrum oft nahegehen müssen, was sie in der beneideten Lage sind, im Reich Doppelpartei zu sein. Sammelpartei bis zu den Großwahlen zu bleiben. Das ist die schärfste nationale Bürde, um überhaupt selbstbestimmt nicht sein und sondern zu den Sozialdemokraten über, aber verpöhlert sich in gänzlich machtlose Parteien oder hält sich fern.“

Und so vollzog sich denn in Braunschweig die Wahl, die ein bürgerliches, ein nationales Glück schlechthin bedeutet.

Es hat auch seinen Zweck, die Tatsache zu verheimlichen, daß den Deutschnationalen nicht gelungen ist, in die Reichsregierung zu schlüpfen, ohne Grundföhlliches in ihrem Verhalten zurückzulassen. Kompromisse in Koalitionen? Wir meinen nicht, denn keine Partei in Deutschland vermag aus sich heraus zu regieren, und regiert nur werden. Eintritt der Deutschnationalen in die Reichsregierung? Wir tabeln ihn nicht, aber das ist die Regierung einer Partei im Kabinett hat doch dann einen Zweck, wenn wenigstens ein wesentlicher Teil von Parteigrundföhlen in der bestehenden Koalition zur Geltung gelangt. Hand an die Werkzeuge! Ist das in den vergangenen Monaten auch geworden? . . .

Die deutschnationalen Minister sind im Reichskabinett, haben sie nichts vorbereitet, nichts erstellen können im schwarzen Vorhang, sondern mühen ihre Zustimmung zu solchen Entscheidungen und Gesetzen ab, oder sie weigern sich, die abseits der nationalen und schwarz-weiß-roten Lager . . .

Die Erfahrung von Kleinwahl zu Kleinwahl in Deutschland lehrt, daß deutschnationale Leute in dieser Reichsregierung bezahlte werden muß mit Bezahlung für das nächste Jahr schlimmes befürchten. Die deutschnationale Niederlage in Braunschweig ist ein Beweis, daß die Pflicht im eigenen Hause auflöst, Farbe zu bekennen, Schlüsse zu fassen, Fragen an das Zentrum zu stellen, die Folgerungen nicht zu fürchten . . .

Braunschweiger Stahlhelmspleite.



„Aun hat mir der schöne Stahlhelm auch nichts genöh!“

Der falsche Prinz

Leben und Abenteuer von Harry Domeia

Copyright 1927, by Malik-Verlag U. G., Berlin. Nachdruck verboten. 17

Ich entschloß mich, etwas durch die Stadt zu schlendern. Als ich zurückkam, beobachtete „Tante Sonne“, daß ich Herrn v. Gernsdorf nicht mehr antraf; er sei eben weggegangen. „Wissen Sie, Durchlaucht“, fuhr sie fort, „erkannt hat er Sie gleich.“ — „Wie denn?“ — „Ja, als ich ihn anfragt habe, es sei ein Prinz hier gewesen, hat er gleich ausgerufen: „Das kann nur der gewesen sein, den ich am Platz abgedroht habe.“ Er hat eine ganze Zeit auf Sie gewartet.“ — „Bedauere überaus!“ — „Aun, von den andern Herren sind gerade welche zurückgekommen. Gehen Sie nur ins Nebenzimmer, Durchlaucht, dort finden Sie sie.“ Als ich hineinging, sprang sofort ein Herr auf, der an einem besonderen Tisch gesessen und offenbar auf mich gewartet hatte. Er kam auf mich zu, grüßte, wieder mit der Hand am Hintertopfe, verbeugte sich und fragte: „Durchlaucht von Lieven?“ — „Gewiß.“ — „v. Hellburg, Fuchsmajor Sa o-Boruffen.“ An einem Nebentisch saßen noch zwei Sa o-Boruffen. Auf einen Wink des Fuchsmajors sprangen sie auf mich zu. Unter Dackentfallen stellten sie sich vor: „Graf Schm., v. W.“ Dann setzten sie sich wieder still an ihren Nebentisch. Anscheinend Fische. Herr v. Hellburg, ein angenehmer junger Mensch von etwa zwanzigjährigen Jahren, entschuldigte sich den Grafen Roddorn-Erb, wahrscheinlich habe er den Tag vorher zuviel getrunken. Nach einigem „Palaver“ erzählte ich ihm das Märchen von meinem Bruder. Mein Gegenüber war sehr aufmerksam und verbindlich. Er betonte sehr bewußt Militärisches in der Art, sich zu äußern und zu geben. „Dürfte ich im Namen des Korps um die Ehre bitten, morgen unser Tischgast zu sein?“ fragte er höflich. „Zuviel Ehre für mich“, erwiderte ich aufrichtig. „Heute abend haben wir allerdings Aneine im „Sevdl“, lekte er entschuldigend hinzu; „ich würde jedoch Durchlaucht nicht empfehlen, daran teilzunehmen. Meist geht es da ziemlich wild her. Doch ganz wie Durchlaucht befehlen. Wenn Durchlaucht wünschen, so benachrichtige ich sofort die andern Herren vom Erscheinen Euer Durchlaucht.“ Ich überlegte mir gerade im Augenblick, ob ich nicht die ganze Komödie aufheben sollte. „Lassen Sie nur.“ — „entzogene ich dankend. Nach einer Weile hat ich, mich verabschieden zu dürfen. Gleich erhoben sich auch die beiden andern am Nebentisch.

Alle rissen ihre schwarzweißen Mützen vom Kopf, geleiteten mich zur Tür, ein Dackentfallen, ein Händedruck, und ich war draußen. Ja, laute ich mir, da meint der alte Goethe: Name ist Schall und Rauch . . . Doch nein, er hat ja noch hinzugelegt: Verwirrend Himmelslicht . . .

Zum Abend sah ich im „Perleo“, wo mir ein wohlgeschmeckendes Münchener Bockbier verabreicht wurde, sah unter einfachen, lieben Leuten und überlegte mir, ob ich den anscheinend nicht lassen sollte. Hernach ging ich noch durch alle, anheimelnde Gäßchen des Städtchens mit künstlichen alten Giebeln, kam am „Sevdl“ vorbei, wo ich meine Freunde grüßen hörte, und war fest entschlossen, den anscheinend zum Abend zu gehen. Mit dieser Absicht ging ich zu Bett.

Am nächsten Morgen schielte ich lange. Als ich wach wurde, gähnte mich die Längewelle an. Den ganzen Tag über würde ich wieder allein sein. Ach was! Du tust doch keinem weh! Es hat ja niemand einen Schaden davon! Geste was, so bist du was! Schnell sprang ich aus dem Bett und machte sorgfältig Toilette. Ich hätte von Hamburg einen blauen Anzug mitgenommen, ein enganliegendes Marinejackett, gute Hufe und einfache Weste. Eine Seemütze, gelbe Schuhe und eine Windjacke vervollständigten meine Ausrüstung. Obwar ich sie beim Althändler gekauft hatte, konnte ich mich in ihr, lauber und ganz wie sie war, schon leben lassen. Sie ließ darauf schließen, daß ich als Leutnant, der doch Uniform zu tragen gewohnt war, auf Zivilkleidung keinen besonders großen Wert legte.

Zum Essen war ich pünktlich. Es fand im Korpsbause der Sa o-Boruffen, auf dem „Kiefenstein“, statt. Auf dem Hinwege traf ich mit dem Grafen Schm., zusammen, den ich bat, mich anzufragen zu dürfen. Der „Kiefenstein“ war ein uraltes Haus mit zwei Stockwerken, am Hans eines steil aufragenden Berges breit hingebaut. Weiß gestrichen, schwarz bedacht, mit grünen Fensterläden verkleidet, gab er die Farben der Sa o-Boruffen wieder. Die Fenster waren alle mit bunten Wappensteinen ausgefüllt. Wehrlich machte das Gebäude gar keinen besonderen Eindruck. Wir traten in einen Korridor ein. Links war eine geräumige Garderobe. Wir legten ab. Höflich wartete der Graf, bis ich mit meine Hände gewaschen hatte, und geleitete mich dann in ein Zimmer, in dem schon etwa zehn Herren verammelt waren. Herr v. Hellburg, der Fuchsmajor, trat sofort auf mich zu und übernahm die Vorleitung, zuerst die Charakteren, dann der Burichen, zuletzt der Fische. Sie traten alle einzeln vor und nahmen unter knapper Verbeugung die Heden zusammen: „v. Meiningen, v. Reisleben, v. L., v. W.“, so ging es

endlos, sehr schnell hintereinander. In Haltung und Sprache suchte man den ebemaligen Leutnant zu kopieren, was mir wenig glücklich ausfiel. Der dicke v. L. verlor dabei fast alle seine lence. Es waren sehr bekannte Namen darunter. Minister, marschall, Staatssekretär waren die Räter gemeldet, aber unter Säbenn selten ein intelligentes Gesicht. Die Burichen unterföhlte hierin kaum von den Fischen. Ein Herr v. Meiningen, ein schoner Chargierter, schien nicht wenig auf seine Schönheit zu bilden zu sein, so daß ich ihn gleich dem „Beau des Corps“ Bur der Fuchsmajor hatte ein ausgebrochen kuaes Gesicht. Ich sah mich im Zimmer um. Große bemalte Fenster, deren Mitte des Zimmers nahm der Länge nach ein schmaler goldener Eidentisch ein, mit Bauernstühlen darum. An den Wänden hingen niedrige alte Schränke aus schwarzem, reichgeschmücktem Eichenholz, denen seltsame Gefäße von ungläublichem Umfang hantelten. Ein dunkler Wandbreit große Börner und Krüge, deren bald zu einer schieflichen Teufelsrate reformt. Wie ich schon erfuhr, mußten die Fische sie in einem Zuge leeren. Sehr dieser Watterwerkzeuge sah drei bis vier Liter. Herr v. Hellburg hatte seinen besonderen Namen. In den Eden des Zimmers hängten Polsterföfen eingebaut. Ein Klavier und eine Jassant, die wönllich der dicke v. L. handhabte, vervollständigten die Ausstattung. Höflich wurde die Tür geöffnet, und herein trat ein idulfriger Herr mit verlockendem, mildem Gesicht. „Ach, Gernsdorf, es war ja schon!“ sagte er, mir die Hand hinhaltend: „v. Sonne mit uns ja wahrhaftig berlebe, der mit den Wen zur „Sommerwienzen hatte. Er lekte gleich auf mich Bescheid. Da er zuerst zusammengekratzt war, wollte er niemand anders erlassen, sich meiner anzunehmen. Auch später verließte er mich wieder, die Hand über mich zu halten. Jetzt meldete der Fuchsmajor, der den abendlichen ersten Chargierten vertrat, es sei gerichtet. Auf seinen Wink bildeten die Fische an der Türe, es zum Speisesaal hinaus führte, Spalier. Der Fuchsmajor trat mit einer Verbeugung auf, voranzugehen. Die Charakteren folgten in kleinem Abstand. Als ich durch das Spalier trat, bildeten die Fische gebändigt und im Takt: „Göfel Göfel! Göfel Göfel!“ eine Menge ginge. Als die Chargen kamen, riefen die

Waldstraße
 Lichtspiele
 Henny Porten ist wieder genesen und arbeitet bereits an neuen Filmen. Ihr letzter Film vor der Erkrankung „Die große Pause“ durch seinen Titel der Künstlerin ein böses Omen bedeutet. Sie wurde nämlich nach d. Vollendung des Films tatsächlich die erste große Pause in ihrer langjährigen Tätigkeit eintragen lassen. „Die große Pause“ ist eines der kostbarsten glänzendsten Muster-Exemplare in „Kohlhiesels Töchter“, wenn sie losgelassen ist, dann Henny Porten spielt eine unvirtuosin, die sich in einen jungen Mann verliebt. Sie wird enttäuscht und heiratet dann einen Bürgerlichen, der sie besser versteht.

Weihnachts-Geschenke in Gold- u. Silberwaren, Bestecke, Kaffeelöffel, Trauringe, 8, 14 u. 18 Tr., empfiehlt Fränkle, Karlsruhe

Blauer Kinderwagen
 neu, hat billig abzugeben. Kaiser, Durlach

FrISCHE SEE-FISCHE
 Güt Fische
 Denn sie sind nahrhaft und billig!
Kabliau
 lebend frisch
 im ganzen Fisch: 42,-
 im Anschnitt: 45,-
 FrISCHE Süßbäcklinge und Sprossen.
 Außerdem in unserer Spezial-Abtlg.

Nordsee-Schellfische, Schollen, Kofungen, Steinbutt, Zander, Barsche, Brägen, Wachsische.
 Besonders preiswert:
Selchen 1,50
 Junge Kähnen, Suppenhühner, Enten, Gänse, Hasen u. Rehe ganz und zerlegt.
 Bestellungen für Weihnachten werden jetzt schon entgegengenommen

Stannkuch
 für nur 22.- Mk. kaufen Sie bei uns ein **Schlafzimmer-Bild** mit gutem V. Schlafers Kunsthandlung, Kaiserstr. 33

Chaiselongues
 neu, von 35 bis 90 Mark.
 Beamtenbank-Abkommen angelehnt.
 Poistermöbelhaus R. Kühler, Schillzenstr. 25

Lege-, Zucht- und Rasfegeflügel
 a. Erstfl. gut u. bill. Preis! grat.
 L. Hellmuth Unterschöpf Bd.

Bittu jetzt!
schon Ihren Weihnachts-Bedarf decken!
 Ein Angebot aus meinem

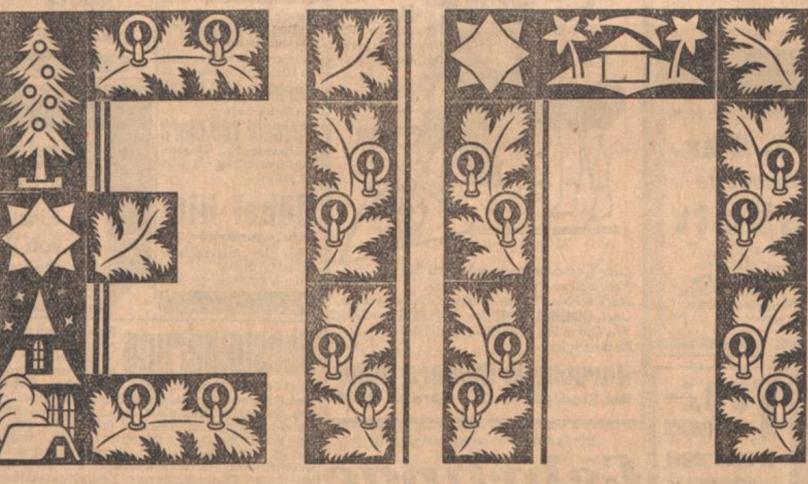
Weihnachts-Verkauf

WÄSCHE

Damen-Trägerhemd m. Hohls.-Verarbtz. 1.45, m. brt. Stck.	1 ⁹⁵	Damen-Schlüpfer Trikotseide	1 ⁹⁵
Damen-Achselhemd m. Hohls.-Verarbtz. 1.65, m. brt. Stck.	2 ⁴⁰	Damen-Morgenröcke in schönen Farben u. gute Qualität 6.50	4 ⁹⁰
Damen-Beinkleid mit breiter Stickerei	2 ²⁵	Frotteehandtücher in schönen Mustern 1.30, 0.95 u.	60 ¹
Damen-Hemd Windelform mit Hohlsaumverarbeitung und Stickereimotiv	2 ²⁰	Kopfkissen Bogen genäht, prima Stoff	1 ⁴⁵
Damen-Prinzebröcke mit breiter Stickerei	2 ⁵⁰	Kopfkissen steilig, Bogen festoniert, prima Stoff	1 ⁶⁵
Damen-Nachthemd Kimono mit Hohls.-Verarbeitung	2 ⁷⁵	Kopfkissen m. Hohlsaum u. hübsch bestickt 2.70	1 ⁹⁵
Damen-Nachthemd mit Stickerei	3 ²⁰	Paradekissen mit Klöppelspitzen garniert	3 ⁷⁰
Damen-Nachtjacke Croisé m. Barm. Bg. u. Umlegekr. 3.90	2 ⁹⁰	Gläsertücher rot kariert 1/2 Dtz.	1 ²⁵
Damen-Prinzebröcke Trikotseide II. Wahl	1 ⁹⁵	Kaffeegedeck mit 6 Servietten 110/110 2.80, 110/150	3 ⁵⁰
Große Auswahl in Seidentrikotwäsche sowie Valenciennes-Wäsche in allen Preislagen!		Kaffeegedeck m. 6 Serv. weiß m. bunt. Kante 130/160	7 ⁴⁰
		Gedeck 130/160 m. 6 Servietten 55/55	10 ²⁰

BURCHARD

Sonntag, den 4., 11. und 18. Dezember ist mein Geschäft von 11-6 Uhr geöffnet



entsprechendes Weihnachtsgeschenk
 wird trotz der wirtschaftlich schweren Zeit von allen denen gekauft, die ihren Angehörigen eine Weihnachtsfreude bereiten wollen. (Nun ist es höchste Zeit, seine Artikel für den Weihnachtskauf anzubieten. Wer seinen Kundenkreis erweitern will, annonciere stets im

Volksfreund, Waldstraße 28 / Fernruf 7020 und 7021



Stannkuch
 für nur 22.- Mk. kaufen Sie bei uns ein **Schlafzimmer-Bild** mit gutem V. Schlafers Kunsthandlung, Kaiserstr. 33
Chaiselongues
 neu, von 35 bis 90 Mark.
 Beamtenbank-Abkommen angelehnt.
 Poistermöbelhaus R. Kühler, Schillzenstr. 25
Lege-, Zucht- und Rasfegeflügel
 a. Erstfl. gut u. bill. Preis! grat.
 L. Hellmuth Unterschöpf Bd.

Ämliche Bekanntmachungen

Handwerkskammerwahlen 1927.
 Gemäß § 6 Absatz 4 der Verordnung des Reichsausschusses des Innern vom 28. 1. 1913. Die Wahlordnung für die Handwerkskammern und deren Stellenausschüsse betr. (Wege- und Verordnungsblatt Seite 108 ff.) geben wir hiermit bekannt, in welcher Schlarbe mit Inbegriff der Zünfte die Zünfte, Fachvereinigungen, Handwerker- u. Gewerbevereine, deren Anmeldungen vor Ablauf der durch Bekanntmachung vom 9. 9. 1927 auf 31. 10. 1927 festgesetzten Anmeldefrist hier eingekommen sind, für die diesjährige Handwerkskammerwahl wahlberechtigt sind und bei welchen dieser Vereinigungen wahlberechtigte Stellenausschüsse bestehen.

Nr.	Namen der Vereinigung	Wahlberechtigt	Stimmfähige	Wahlberechtigt	Stimmfähige
Karlsruhe					
1	Freie Bäckerinnung Karlsruhe-Stadt	1	I	203	
2	Freie Bäckerinnung Karlsruhe-Land	1	I	77	
3	Baugewerke-Zunft	1	I	73	
4	Galner- und Eisenlegereinnung	1	I	15	
5	Wegereinnung	1	I	171	
6	Freie Schloßereinnung	1	I	59	
7	Freier Zunftinnung	1	I	195	
8	Glaserzunftinnung	1	I	32	
9	Schmiedezunftinnung Karlsruhe	1	I	70	
10	Schreiner-Zunftinnung Karlsruhe	1	I	106	
11	Raminereinnung für den Handwerkskammerbezirk Karlsruhe	1	I	41	
12	Photographenzunftinnung für den Handwerkskammerbezirk Karlsruhe	1	I	76	
13	Gerrenschneiderzunftinnung für Karlsruhe und Vorort	1	I	231	
Durlach					
14	Freie Bäckerinnung für die Amtsbezirke Durlach u. Bruchsal Land	1	I	156	
15	Freie Regereinnung Durlach	1	I	60	
16	Sattler- u. Tapezierereinnung Durlach	1	I	17	
17	Freie Schloßereinnung Durlach	1	I	18	
18	Freie Schreinerinnung Durlach	1	I	19	
19	Schmiedezunftinnung Durlach	1	I	42	
20	Schuhmachereinnung Durlach	1	I	85	
21	Zunftinnung der Elektriker u. Installateure Durlach	1	I	22	
22	Deutscher Buchdrucker-Verein, Bezirksverein Karlsruhe	1	II	71	
23	Vereinigung Karlsruher Dachdeckermeister	1	II	14	
24	Vereinigung Karlsruher Gipfelmaler	1	II	7	
25	Vereinigung der Graveure u. Billeure, Karlsruhe	1	II	10	
26	Vereinigung der selbständigen Konditoren für den Handwerkskammerbezirk Karlsruhe	1	II	73	
27	Malermeistervereinigung Karlsruhe	1	II	109	
28	Vereinigung der Karlsruher Steinbrückermeister	1	II	11	
29	Vereinigung Karlsruher Uhrmachermeister	1	II	50	
30	Zimmermeister-Vereinigung Karlsruhe	1	II	16	
31	Reichsverband deutscher Elektrikallateure, Ortsgruppe Karlsruhe	1	II	51	
32	Vereinigung der Kupferschmiedereien, Bezirksverein Karlsruhe	1	II	9	
33	Reichsverband der deutschen Klempner, Bezirksgruppe Karlsruhe	1	II	14	
34	Elektrikallateurvereinigung Karlsruhe	1	II	48	
35	Handwerkerverein Aufheim	1	III	83	
36	Gewerbe- u. Handwerker-Verein Karlsruhe	1	III	63	
37	Gewerbeverein Graben	1	III	70	
38	Gewerbeverein Dintenheim	1	III	83	
39	Gewerbe- und Handwerker-Verein Durlach	1	III	55	

Die Anmeldungen und Mitgliederverzeichnisse liegen 14 Tage lang, vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an, den Tageszeiten an gerechnet, auf dem Bezirksamt -Polizeidirektion Zimmer 43 zur Einsichtnahme auf. Einsprachen können nur innerhalb dieser 14tägigen Frist vorgebracht werden.
 1927
 Karlsruhe, den 29. November 1927. O. S. 100
 Rab. Bezirksamt - Polizeidirektion.

Brennholz-Berkeigerung des Forstamtes Karlsruhe-Stadt am Mittwoch, d. 7. Dez. 1927, mittags 12 Uhr, im Adler in Dintenheim auf Abteilung IV 35, 36 (Zielader): 489 Ster rotbuch, 75 Forst, 6 eich, 6 Schiefer und 6 Eichen; 3050 meist buch, Wellen, Janer 2 Ster eich, Ringelholz, Borzeiger: Förster Varis in Friedrichstal, 1986

Gemeinde- und Kreissteuer aus Grund- und Gewerbevermögen sowie Gebäudebesondersteuer betr.

Die Pflichtigen werden aufgefordert, die Robemerkungen der Gemeinde- und Kreissteuer sowie der Gebäudebesondersteuer bis längstens 6. Dezember 1927 zu entrichten. Wer bis zu diesem Zeitpunkt seine Steuerpflicht nicht befreit, hat 1/10 d. S. Verzugszinsen zu entrichten und aus der Zwangsversteigerung zu erwarten.
 1980
 Karlsruhe, den 1. Dezember 1927.
 Stadthauptkasse.

Die Sargfabrik der Gemeinnützigen Beschäftigungsstelle G. m. b. H., Karlsruhe, Durlacher Allee Nr. 58, Telefon 6423, liefert
Särge
 in Tanne und Eiche, von einfachster bis feinst. Ausführung. Ständig großes Lager

